

Danziger Zeitung

Beitung

Fernsprech-Anschluß Danzig:
Für Redaktion und Expedition Nr. 16. General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen. Fernsprech-Anschluß für unser
Berliner Bureau: Amt IV. Nr. 397.

Nr. 22931.

1897.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. Sie bringt als Sonntagsbeilage die „Danziger Fidelen Blätter“ und den „Westpreußischen Land- und Hausfreund.“ Das Abonnement beträgt vierteljährlich bei Abholung von der Expedition und den Abholestellen 2 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch den Postboten 2.75 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch den Postboten 2.75 Mk. Inserate kosten für die siebengeplante gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pf. Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

Eine ernste Warnung.

Die Agrarier haben im Reichstage, wie es scheint, fürs erste die Parole ausgegeben, die neuen Männer mit Sammethandschuhen anzufassen, wie sie denn auch bisher von der Einbringung von Initiativvorlagen Abstand genommen haben. Indessen, keine Regel ohne Ausnahme. Der Abg. v. Leipziger hat in seiner Rede am letzten Sonnabend nicht umhin gekonnt, zu constatiren, daß die verbündeten Regierungen sich einer oft gestellten Forderung gegenüber ablehnend verhalten, nämlich der auf die Aufhebung der gemischten Transfitter, der Zollcredite und Mühlencosten bezüglichen. Der Redner erklärte:

„Auf diese Forderung muß die Landwirtschaft immer wieder zurückkommen, denn diese Einrichtung ist für die kleinere Landwirtschaft, die kleineren Mühlen und den kleineren Getreidehandel auf dem Lande geradezu perniciös. Die Maßnahmen der Regierung auf allmäßige Einschränkung dieser Läger haben gar keinen Zweck; dadurch erreicht man weiter nichts, als daß das Monopol, welches in dieser Einrichtung gegeben ist, in wenige Hände gelegt wird, aber um so stärker von den Betreffenden ausgenutzt werden kann zu Ungunsten aller übrigen Klein- und Großmüller und Händler. Wir müssen also darauf bestehen, daß diese Läger und vor allen Dingen unbedingt die Zollcredite gänzlich in Wegfall kommen. So viel ich weiß, befindet sich diese Frage heute noch nicht im Stadium der Beratung des Bundesrats. Ich will darum davon abschren, eine direkte Frage an den Staatssekretär des Reichskanslers zu richten, möchte ihn aber dringend bitten, im Bundesrat die Frage recht bald zu vertrüben, da wir länger mit einer bestimmten Anfrage an ihn nicht warten werden und durchaus hoffen müssen, daß auch in dieser Richtung seitens der Reichsregierung ein Entgegenkommen gezeigt wird.“

Das klingt ganz wie ein Ultimatum an die Adresse des Staatssekretärs v. Thielmann. Daß sämmtliche gemischte Transfitter, auch diejenigen in den Seeplänen und im Westen aufgehoben werden, ist schwerlich zu erwarten. Es wäre wirklich eine Ironie, wenn die Regierung zur Förderung des Auslandshandels eine Flottenvorlage einbringe und dann nachher den Handel zu Gunsten des Auslandes (namenlich der russischen Ostseehäfen) beschränkt.

Deutschland.

* Berlin, 15. Dez. Der preußische Landtag wird der „Kreuzig.“ folgen am 11. Januar zusammentreten.

* [Abg. v. Vollmar] leidet schon seit einigen Wochen an einem Influenza-Anfall. Sein Befinden hat sich durch eine jüngst unternommene Agitationsserie derart verschlimmert, daß er der „Kreuzig.“ folgen für einige Zeit außer Stand gesetzt ist, sich an den parlamentarischen Arbeiten zu beteiligen.

* [Binosine-Antrag.] Eine Commission des Bundes der Landwirthe hat unter Hinziehung verschiedener Parlamentarier den in der vergangenen Session eingebrauchten Binosine-Gesetzentwurf einer Umarbeitung mit Rücksicht auf einige aus den Kreisen des Weinbaues und des Weinhandels hervorgebrachte Wünsche unterzogen. Der Gesetzentwurf soll in einigen Tagen wieder an den Reichstag gebracht werden.

* [Verordnung über die Druckereien.] Dem Reichstage ist die Verordnung des Bundesrates über die Einrichtung und den Betrieb der Buchdruckereien und Schriftgießereien zugegangen.

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Sanitätsraths Türkin. (Nachdr. verboten.)

12. Eine Kleinstadt-Geschichte von Klaus Rittland.

7. Kapitel.

Im Backhause.

Es war drei Tage vor Weihnachtsabend. In den Straßen von Alühom herrschte noch eine lautlose Stille wie gewöhnlich, trotz der Festvorbereitungsgeschäftigkeit; denn der massivenweise gefallene Schnee hatte einen dichten, weichen Teppich unter Menschenfüße, Pferdehufe und Wagenräder gebreitet, jeden Laut dämpfend, alles Scharse, Harte, Schrille gleichsam ersticken in einem großen sanftbehäbigten Wohlbollen. Alles sah heute so gutmütig aus, so mollig-abgerundet und reinlich, die mit dichten Schneewulstern bedeckten Dächer, die Fenster mit den sammetweich ausgepolsterten weißen Ecken, die unter ihrer schweren prächtigen Last niedergebeugten Bäume und Sträucher, die Pferde mit den bereiteten Mähnen und die Menschen mit den greisenhaft bepunkteten Bärten und Augenbrauen.

Indschi Rörting trabte in großen russischen Pelzgummistiefeln durch die Straßen, Fäken mit einem mächtigen Handkorb am Arme hinter ihr her. Sie gingen in die Backstube zum Honigkuchenbacken, ein wichtiger Moment für die Frauenwelt Alühoms. Indschi kam diese Sitte freilich höchst postwendig vor; aber sie machte die selbe frohdem mit. Neulich, als Frau Drösel sie gefragt, für welchen Tag sie sich denn beim Bäcker angemeldet, woran Indschi bisher noch mit keinem Gedanken gedacht, hatte sie sofort mit seinem Instinkt begriffen, daß es sich hier um eine sehr wichtige Sache handelte, und daß man absolut kein Weihnachtsgebäck selber einmengen und sich „beim Bäcker anmelden“ müßte, wenn man

[Die Centralstelle für die Vorbereitung von Handelsverträgen] bringt soeben ihre Satzungen zur Versendung, welche nunmehr endgültig festgestellt sind. Die Centralstelle hat die Aufgabe, alle diejenigen Erwerbsstände zusammenzuschließen, welche die Weltmarktposition Deutschlands durch Verfolgung einer sachkundigen und stetigen Handelspolitik sichern und kräftigen wollen. Die Centralstelle sucht dies zu erreichen durch Förderung des Abschlusses von Handels- und Schiffahrtsverträgen, Beschaffung und Bearbeitung des erforderlichen Materials, eine der Entwicklung des deutschen Außenhandels günstige Ausgestaltung der Zolltarife und des Verkehrsvertrags, Einwirkung auf den Abschluß internationaler Verträge im Sinne einer den deutschen Interessen entsprechenden Regelung des gewöhnlichen Rechtsschutzes im Auslande. Berichte an die Mitglieder, durch Vorträge in der Deutschen Nationalversammlung, sowie durch Herausgabe von Abhandlungen und Schriften über die Bedürfnisse der nationalen Wirtschaft, über die Produktions- und Verkehrsverhältnisse des In- und Auslandes, über die Lage des Weltmarktes, über den Absatz in den einzelnen Ländern und über die Bedeutung der hauptsächlichsten Welthandelsgüter.

[Gegen den „Aladderdatsch“] ist, wie die „S.-J.“ mitteilt, außer der Anschuldigung der Majestätsbeleidigung wegen des Bildes, das Friedrich den Großen als Soldat und Christ betrifft, noch eine zweite Untersuchung wegen gleichen Vergehens eingeleitet worden. Die anstößige Notiz soll die „Schönheit des Apfelsinen-Ordens“ behandeln.

Dresden, 14. Dez. Das sächsische Ministerium hat die vom Dresdner Rathe beschlossene „Umsatz“-Steuer von 2 Proc. auf den Consumverein genehmigt. Am Freitag werden Tausende von Arbeitern dagegen protestieren.

In Arnswalde, dem Wahlkreise Ahlwardts, ist in einer conservativen Versammlung der conservative Landtagsabgeordnete Ring als Kandidat aufgestellt worden. Ahlwardt meldete sich zum Wahl zu einer Gegenrede, für welche ihm fünf Minuten bewilligt wurden. Unter großer Unruhe führte er aus, daß er sich von der conservativen Partei sein Mandat nicht entziehen lassen könne. Unter großem Lärm fing er nun an, mit aller Schärfe gegen die Ausführungen des Kandidaten Ring vorzugehen. Bei dem fortwährenden Lärm und den Rufen: „Ahlwardt hoch!“ erklärte der Vorsitzende, daß er sein Hausrat gebräucht und den Ruhesünder aus dem Saale entfernen lassen werde. Die Versammlung mußte indeß wegen andauernder Unruhe alsdann geschlossen werden.

Vierte General-Synode.

XV.

Berlin, 13. Dezember. Heute fand zunächst die Wahl des General-Synodal-Vorstandes statt. Zum Vorsitzenden wurde Graf v. Bielen-Schwerin wiedergewählt, zu dessen Stellvertreter Lic. Holtzheuer.

Bei der zweiten Beratung des Kirchengesetzes betraf die Anstellungsfähigkeit und Vorbildung der Geistlichen erregten einzelne Paragraphen noch einmal eine kurze Debatte, insbesondere die Frage, ob das Studium sieben oder „mindestens sechs“ Semester dauern soll. Über diesen Punkt wurde namentlich abgestimmt. Die Synode erklärte sich mit 108 Stimmen für „mindestens sechs Semester“. Die übrigen Vorschläge der Commission wurden unverändert angenommen, jedoch der Beschluß der ersten

seinen Hausräumruf nicht gänzlich einbühen wollte. So hatte sie sich denn von Frau v. Borstewitz gute Honigkuchen-Rezepte geben lassen und heute Morgen wollte sie sich mit ihr und Hedwig in der Backstube treffen.

Jetzt hatte sie ihr Ziel erreicht. „Morgen Fräulein, gehen Sie man immer runter; die Frau Majorin is schon dal!“ wurde sie von der Bäckerin begrüßt und stieg hierauf die schmale steile Treppe hinab, welche in den Backraum führte. Ein warmer, mehlig, süßer, fetter Brodem stieg ihr entgegen, so daß ihr zuerst das Atmen schwer wurde. Aus dem riesigen Backofen in der Ecke holte Jochen, der Geselle, soeben mittels einer zwei Meter langen Holzhäufel die Bleche der jungen Frau Steuerkontrolleurin hervor, die mit zusammengekrampften Händen und vorgebeugtem Oberkörper — ein Bild angstvoller Spannung! — vor dem gluthinternden Höllenrachen stand und stammelte: „Acholt, wenn man nur die Mandelküchen nich zu braun geworden sind!“ Aber mit hoheitsvoller Gabe schob der Geselle ihr das erste Blech vor die Füße. „Na, was seggen Sie nu?“ Erstaunt hauerte sie sich vor der goldbraunen Herrlichkeit nieder, und andere drängten sich hinzu. „Jetzt meine, Jochen, jetzt meine!“ Aber Jochen hielt das Regiment gut aufrecht. „Nee, nee, läuwens man noch en Beten; erst Fräulein Branden ehr!“ Indschi stand lange still beobachtend am Eingang. Das lebhafte Treiben gefiel ihr und mit dem würzigen Auchenlust wogten so frohe, verheißungsvolle Vor-Weihnachtsgesühle durch den halbdunklen Raum.

„Ah, Fräulein Rörting!“ rief jetzt eine helle Stimme und Indschi bemerkte Guje Borstewitz, die Mignons Eiertanz zwischen den zahlreichen Fußböden bedeckenden Augenblechen aufführte und hier und da — mit Erlaubniß der Besitzerinnen — ein Stückchen probierte. „Kommen Sie!“ Und sie zog das junge Mädchen in die nebenanliegende — nur durch ein breites, dicht

Lesung, daß das Reisezeugnis von einem „humanistischen“ Gymnasium erhält sein muß, wieder aufgehoben.

Über den Entwurf eines Kirchengesetzes betreffend die evangelischen Landeskirche der älteren Provinien in Verbindung stehenden deutschen Kirchengemeinden außerhalb Deutschlands sprach Prof. Beyerl. Redner wünscht, daß es gelingen möge, für die Gemeinde der Diaspora ein Kirchthum zu schaffen, welches Liturgie und Gesangbuch in der allgemein gebräuchlichen Form ihnen darbietet. Redner betont bei dieser Gelegenheit des Zustandes der evangelischen Kirche überhaupt. Es sei doch geradezu monströs, daß seit 31 Jahren in Preußen nicht nur eine evangelische Landeskirche besteht, sondern deren sechs. Man könnte über dieses Kirchenthum die Worte schreiben: Divide et impera wobei das „impera“ ausschließlich auf das Papstthum entfällt.

Präsident des evangelischen Oberkirchenrats Dr. Barkhausen: Das Verhältnis, in welchem unsere evangelische Landeskirche zu anderen deutschen evangelischen Kirchen steht, sei das denkbar freundlichste. Zur Theilnahme an der Osterfeier 1898 zu erwartenden Einweihung der evangelischen Kirche zu Jerusalem sollen die Vertreter aller evangelischen Kirchen Deutschlands eingeladen werden.

Der Gesetzentwurf selbst wurde nach kurzer Debatte in der von der Commission vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Es folgte der Bericht der Commission über die Mitteilung des evangelischen Oberkirchenrats, betreffend die Stellungnahme der Geistlichen zu der social-politischen Bewegung.

Berichtsteller Synode v. Meyerin begründet folgenden Antrag: „Synode schließt sich der Mahnung des evangelischen Oberkirchenrats an, daß gegenüber den Geistlichen erfüllende soziale und wirtschaftliche Bestrebungen jede in diese eingreifende Tätigkeit der Diener und Organe der Kirche ihre unverrückbaren Schranken und Rücksicht in dem Berufe finde, den Seelen Seligkeit zu schaffen und demgemäß die Befähigung des lebendigen Glaubens an das Evangelium in der Gemeinde zu fördern, die in diesem Glauben Wankende zu stärken, die von ihm Abgesunkenen wieder zu gewinnen. Sie verkennt nicht die staatsbürgerliche Besinnung der Geistlichen, sich an den wirtschaftlichen und socialpolitischen Bestrebungen im öffentlichen Leben zu beteiligen, belont aber mit Nachdruck die Pflicht derselben, dabei stets und an erster Stelle die Rücksicht auf ihr Amt und das zu dessen Führung erforderliche Vertrauen der Gemeinde zu haben, zu lassen und erklärt es insbesondere für geboten, daß sich die Geistlichen von einer mit der Würde und den Pflichten ihres Amtes nicht zu einbarenden agitatorischen Tätigkeit, wie sie der Erlass vom 16. Dezember 1895 im Auge hat, fern zu halten.“

Der Referent weist u. a. darauf hin, daß auch nach Ansicht der Commission den Geistlichen und den Gemeinde-Kirchenräthen die volle Berechtigung zustehen müsse auf Verbesserungen wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse hinzuwirken, soweit offenbare Schäden auf religiös stiftlichem Gebiete sich zeigen. Der Geistliche sei auch Staatsbürger und keine Vorschrift des Geistes hinzuhören, sondern gegen den ganzen Geist der Zeit, der auf die jüngeren Leute oft unheilvoll einwirkt. Solche junge Studierende werden in ganz unzähliger Weise von Agitatoren angefochten und systematisch verhöhnt von ganz bestimmten Parteien. Der evangelische Oberkirchenrat habe den Erlass veröffentlicht, nachdem er die berufenen Männer, die Generalsuperintendenten und Consistorialpräsidenten gehört. Die Studenten werden in den Vereinen ganz systematisch bearbeitet, indem dort fast immer nur Männer der sozialdemokratischen Richtung zu Worte kommen. Mit den Candidaten gehe es oft noch schlimmer. So komme es denn, daß junge Geistliche, welche social-politische Agitation betrieben, mit Schlagwörtern operieren, wie: „Die heilige Notiz der Landwirtschaft sei eine Rache der Weltgeschichte, oder „die Landpaffen und die Landarbeiter seien augenblicklich die gedrückten Stände, die sich miteinander verbinden müssen“ etc. Solchen Erhebungen gegenüber habe der evangelische Oberkirchenrat es für seine Pflicht gehalten, die jungen Geistlichen zu ermahnen und Erfolge dieser Mahnung seien schon vielfach sichtbar. Stöcker habe früher einmal gesagt, er stehe mit Naumann durchaus freundlich, später habe er sich aber doch losgefragt, zweifellos doch, weil diese Bestrebungen viel zu weit gehen. Niemand in der Versammlung werde noch annehmen, daß diese Richtung der Kirche zum Segen gereichen könne.

Superintendent Lautscher-Steinau erklärt sich gegen das Agitieren der Geistlichen auf socialpolitischen Gebieten, da ein Geistlicher das Vertrauen der ganzen Gemeinde haben müsse.

Synode Prof. Dr. v. Nathusius beantragt, dem Commissionsantrag folgende Nummer 3 hinzuzufügen:

„Synode verkennt nicht minder den vielfach durch den seeligerischen Beruf gegebenen Anlaß zu sozialer Wirksamkeit und hofft, daß die in realem christlichen Geiste in dieser Beziehung bisher geleistete Arbeit vieler

evangel. Oberkirchenrats gleichkommen würde. Der Culturkampf würde seiner Zeit vielleicht eine ganz andere Gestalt angenommen haben, wenn man nicht die evangelische Kirche, die treue Freundin des hohenzollernschen Fürstenhauses, dabei einschließen hätte. Jedthlches Schulgesetz, Professorenfrage, Sonntagsruhe und vergleichende seien brennende Fragen geworden, und wenn man der evangelischen Kirche verbieten wollte, auf diese Fragen maßgebenden Einfluß zu gewinnen, würde man sie ad acta legen. Bei der sozialen Agitation komme es darauf an, die Kirche auszuwerfen und die Fische — auch die saulen Fische — zu fangen, damit man sie nur erst einmal vor das Wort Gottes bekomme. Wihern schon sagte: Der böse Socialismus könnte nur durch den christlichen Socialismus überwunden werden; auch er habe gesagt, daß man hineingehen müsse in die Kreise, die man zu Gott zurückführen wolle, und wenn die Noth groß sei, so stehe er, Redner, auf dem Standpunkte, daß wenn die Noth da sei, man das thun müsse, was sein Gott ihm befiehlt, ohne ängstlich danach zu fragen, ob das auch ganz genau mit seinem Amte harmonire. Durch solchen Erlass werde; den Geistlichen das ganze vaterländische, socialpolitische Gebiet weggeschwemmt. Er hätte gewünscht, daß der evangelischen Oberkirchenrat die paar Geistlichen, die bei der bekannten Agitation thätig waren, hätte zu sich kommen lassen und ihnen den Text gelesen, aber den Erlass nicht geschrieben hätte. Wer sollte denn die Gefahr beschwören, wenn die Socialdemokraten auf das Land kommen? Die Nordb. Allg. Ztg.“ habe seiner Zeit gesagt, daß die Geistlichen für das Septennat und auch gegen die liberale Strömung agitieren dürfen — nach seiner Meinung sei ein Agitiren gegen die grandioseste, böhmische Erscheinung unserer Zeit, die Millionen in den Abgrund führe, weit wichtiger. Die katholische Kirche sehe dies vollständig ein, in ihr sei eine Strömung vorhanden, die dahin gehe, ganz bestimmte Arbeiter-Geistliche auszubilden.

Präsident des evangelischen Oberkirchenrats Dr. Barkhausen: Der Vorredner stehe auf einem ganz anderen Standpunkte, wie der evangelische Oberkirchenrat. Stöcker sehe die Sache von dem Standpunkte seines — man kann es ja wohl so nennen — Berufslebens an. Der Erlass richte sich nicht gegen einzelne Exzesse, sondern gegen den ganzen Geist der Zeit, der auf die jüngeren Leute oft unheilvoll einwirkt. Solche junge Studierende werden in ganz unzähliger Weise von Agitatoren angefochten und systematisch verhöhnt von ganz bestimmten Parteien. Der evangelische Oberkirchenrat habe den Erlass veröffentlicht, nachdem er die berufenen Männer, die Generalsuperintendenten und Consistorialpräsidenten gehört. Die Studenten werden in den Vereinen ganz systematisch bearbeitet, indem dort fast immer nur Männer der sozialdemokratischen Richtung zu Worte kommen. Mit den Candidaten gehe es oft noch schlimmer. So komme es denn, daß junge Geistliche, welche social-politische Agitation betrieben, mit Schlagwörtern operieren, wie: „Die heilige Notiz der Landwirtschaft sei eine Rache der Weltgeschichte, oder „die Landpaffen und die Landarbeiter seien augenblicklich die gedrückten Stände, die sich miteinander verbinden müssen“ etc. Solchen Erhebungen gegenüber habe der evangelische Oberkirchenrat es für seine Pflicht gehalten, die jungen Geistlichen zu ermahnen und Erfolge dieser Mahnung seien schon vielfach sichtbar. Stöcker habe früher einmal gesagt, er stehe mit Naumann durchaus freundlich, später habe er sich aber doch losgefragt, zweifellos doch, weil diese Bestrebungen viel zu weit gehen. Niemand in der Versammlung werde noch annehmen, daß diese Richtung der Kirche zum Segen gereichen könne.

Superintendent Lautscher-Steinau erklärt sich gegen das Agitieren der Geistlichen auf socialpolitischen Gebieten, da ein Geistlicher das Vertrauen der ganzen Gemeinde haben müsse.

Synode Prof. Dr. v. Nathusius beantragt, dem Commissionsantrag folgende Nummer 3 hinzuzufügen:

„Synode verkennt nicht minder den vielfach durch den seeligerischen Beruf gegebenen Anlaß zu sozialer Wirksamkeit und hofft, daß die in realem christlichen Geiste in dieser Beziehung bisher geleistete Arbeit vieler

mühnsamen Arbeit zu helfen, wurde jedoch zurückgewiesen.

„Nein, danke, wirklich, das ist nichts für so seine Hände, die nur an's Malen und Aladri-spiele gewöhnt sind. Herr Schulze wird ja doch wohl nun endlich bald Zeit für mich haben.“

„Noch zwei Minuten, Frau Senatorin“, rief der Bäcker, „dann wird Ihre Sehnacht jetzt.“

„Herr Schulze, liegen diese Honigkuchenfrauen nicht zu dicht bei einander?“ fragte jetzt Hedwig Borstewitz den Meister. (Forti. folgt.)

Rammermusik-Abend.

Das zweite der verdienstvollen Rammermusik-Concerne, die Herr H. Davidjohn mit den Herren Warnecke (zweite Violine), Genger (Bratsche) und Wig Busse (Cello) veranstaltet, fand vorgestern vor einer erfreulich zahlreichen Kurgäste statt, die in stiller Sammlung der Vorführung der drei Werke laufte, die das Programm des Abends bildeten, nämlich: das Streichquartett op. 12 in Es-dur von Mendelssohn, das A-moll-Quartett op. 29 von F. Schubert und das Clarinetten-Quartett von Mozart, dessen Clarinetten-Partie dem als wohlbegabt

Geistlichen auch ferner zu reicherem Gegen für das Volkstheben geübt werden wird."

Superintendent König-Witten a. Rh. empfiehlt bringend die Annahme dieses Gesetzes.

Überpräsident Staatsminister a. D. v. Puttkamer ist gegen den Antrag Nathusius, da er denjenigen Agitatoren, die als verderblich erscheinen, den Rücken drehen würde. (Sehr richtig!) Wenn es in dem lieben Pommern so weit kommen könnte, daß ein Geistlicher sagte: „Das ostelbische Junkerthum hat abgewirkt, es muß verschwinden und die Geistlichen und Arbeiter sind berufen, das öffentliche Leben zu regenerieren“ so sei das absolut unzulässig.

Synodale Stöcker bemerkte persönlich, daß er mit Pastor Naumann auf praktisch-socialen Wegen nie zusammen gegangen sei.

Bei der Abstimmung wird unter Ablehnung des Antrages Nathusius der Antrag der Commission angenommen.

XVI.

Berlin, 14. Dezember.

Die Synode beschäftigte sich mit dem Gesetzentwurf über das Diensteinkommen der Geistlichen der evangelischen Landeskirche in den älteren Provinzen. Der Berichterstatter Superintendent Felgenträger-Sangerhausen erklärte, die Commission sei anfangs durch die Vorlage enttäuscht gewesen wegen des zu niedrigen Grundgehalts, wegen der Mehrbelastung der Gemeinden und wegen des Übergangs der Pfarrer und ihrer Verwaltung auf die Gemeinden. Trotzdem empfahl die Commission die Annahme der Vorlage, weil es sich um die Annahme oder ein Fallenlassen des Gesetzes handele, nachdem die Regierung in der Commission bündig erklär habe, daß durch eine Erhöhung des Grundgehalts von 1800 Mk. auf 2400 Mk. oder auch nur auf 2100 Mk. das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet würde. Die Commission habe darauf in einer Resolution an der Auffassung festgehalten, daß ohne eine Erhöhung des Grundgehalts auf 2400 Mk. die Vorschläge der Geistlichen nicht beachtet werden können, die Commission habe auch bedacht, daß bei der heutigen günstigen Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses der rechte Zeitpunkt zur Durchbringung des Gesetzes vorhanden sei. Deshalb sei jetzt die Annahme des Gesetzes geboten.

Geh. Reg.-Rath Schwarzkopff als Vertreter der Staatsregierung giebt eine längere Darlegung über die gesichtliche Entwicklung des Pfarrbesoldungswesens der preußischen Landeskirche. Er sieht ausführlich auseinander, daß die von vielen Seiten gegen diese Vorschläge erhobenen Bedenken und Vorwürfe unzutreffend seien und insbesondere bezüglich des Grundgehalts die Vorlage durchaus auf den Beschlüssen der General-Synoden von 1891 und 1894 stände und jedem jungen Geistlichen die Möglichkeit gebe, sofort 2100 Mk. zu erhalten. Das heutige Pfarrbesoldungswesen sei ein Hazardpiel; dem gegenüber bringe die Vorlage den ganz kolossalen Fortschritt, daß die jungen Geistlichen mit der Gemeinde verwachsen können und nicht mehr genötigt sind, überall herumzureisen, um geeignet dotierte Pfarrstellen auszuksuchten.

Die Anträge der Commission empfehlen 1. die Annahme der Vorlage, 2. die Annahme erfolgt in der Voraussetzung, daß der evangelischen Landeskirche aus Staatsmitteln durch Staatsgesetz ein Betrag überwiegen wird, welcher zur Besteitung der genannten § 21 zu gewährenden Beihilfen behufs Deckung der den Kirchengemeinden aus dem Gesetze erwachsenden Lasten ausreicht und daß eine spätere Erhöhung jenes Beitrages im Falle steigenden Bedürfnisses nicht ausgeschlossen wird". Die General-Synode hält ferner an der Aussicht fest, daß ein Grundgehalt von 2400 Mk. erforderlich sei. 3. wünscht die General-Synode einen Staatsfonds zu Funktionszulagen und Bureauaufwendungen für Superintendenten. Ein vierter Wunsch geht dahin, daß in dem zur Ausführung des Kirchengesetzes erforderlichen Staatsgesetz nicht die feste Vertheilung der ganzen für die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen bereit zu stellende Summe unter die Consistorien vorgeschrieben, sondern die Überlassung eines angemessenen Theiles derselben an den evangelischen Oberkirchenrat behufs Ausgleichung etwaiger Fehlbeträge in einzelnen Conflitorialbezirken vorgenommen werde. Ferner werden Staatsfonds gewünscht für die Dotirung neuer Pfarrstellen und zur Unterstützung bedürftiger Geistlichen. Die General-Synode wiederholt endlich den Beschluss bezüglich der Anrechnung der Militärdienstzeit.

In der Debatte erklärt sich General-Superintendent Dr. Braun-Königsberg zwar für die Annahme der Vorlage, macht aber eine Reihe Bedenken geltend, den verheiratheten Pfarrern müsse ein auskömmliches Gehalt gewährt werden, damit nicht auch in diesen Kreisen die Unsite überhand nehme, bei der Wahl einer Lebensgefährtin in erster Reihe auf Geld lehen zu müssen. Auf der anderen Seite wolle er gern zugeben, daß manche junge Geistliche dem Geiste der Zeit zu sehr folgen und ihre Häuslichkeit mit einem Komfort austarren, den gerade die Pfarrer vermögen solfern.

Landrat Dr. Schnaubert-Pillkallen: Die Pfarrer haben so vielfach gefordert: „Befreit uns von dem Pfändungssystem!“ und nun kommt die Nemesis. Nach dem durch den Gesetzentwurf vorgeschlagenen neuen System kommen sie von dem Rege in die Traufe. Der Entwurf greife tiefe ein in wohlerworben Rechte der Pfarrerhaber, der Patron und der Gemeinden, vor allen Dingen genüge aber das Grundgehalt von 1800 Mk. nicht. Wenn die Pfarrer auch einer möglichst einfachen Lebenshaltung sich befleißigen sollen, so dürfe man doch verlangen, daß sie darin nicht zu sehr hinter dem Lehrer zurückstehen. In dieser Hinsicht aber wirke der Entwurf geradzu proletaristisch. Man hätte das, was die Commission in ihrer Resolution

leidet, oder künde in freudigen Rhythmen in heißen und laufenden Melodien, elend oder weidend, ihre Lust an der Welt und am Menschen, nach eigenster Art des Componisten und der Zeit, in welcher er lebte. Angeordnet war das Programm gut nach dem Prinzip der steigenden Verständlichkeit der vorgeführten Werke; allerdings standen sich die beiden ersten in der Grundstimmung dabei fast zu nahe. Der angenehme Wechsel hierin (nicht gerade der Gegensatz ist gemeint) ist ein Prinzip im Aufbau eines Programms, das auch kein Recht verlangt — aber es mag schwer sein, auf diesem Gebiet, wo es sich immer nur um große Werke handelt, beiden Prinzipien ganz gerecht zu werden. Das Mendelssohn'sche Quartett ist wie ein unerschöpflich geistvoller Morolog, der wohl mit einer Art von zufriedener Zuversicht beginnt, im zweiten Satz aber überwiegt schon der Ausdruck verhallten Zweifels, endlich aber schweift es in freien selbstgeschaffenen (nicht mehr ganz deutlichen) Formen in entfloßenen Rhythmen in das weite Reich der Phantasie hin aus — es ist schon nicht leicht, dem Werke hier mit dem Gefühl zu folgen, geschweige denn, daß das Werk sich nach flüchtigem Eindruck und in flüchtiger Stunde sich doch erkennen dürfte.

Der Ausführung fehlte es weder an Enthusiasmus noch an Feinheit und Präzision, nur in einzelnen Momenten behandelte der erste Geiger das Meirum etwas individualistisch in Form unerwarteter Beschleunigung oder auch (wie im Beginn des letzten Tempos Adagio im Mozart'schen Quintett) in Bezug auf die Lage der Taktzählten nicht völlig verständlich. Das zarte Weh, das in dem Schubertschen Quartett vorherrscht, kam im Melodischen und in der feinen Tongebung, die insbesondere das geisterhafte pianissimo schön wirksam werden

zum Ausdruck bringe, in dem Geschehe selbst beachten müssen. Das Gesetz schaffe Geistliche erster und zweiter Klasse, es gebe den Consistorien ein fast souveränes Recht, durch ihre Beschlüsse das Grundgehalt einer Pfarrstelle durch feste Zuflüsse dauernd zu erhöhen oder nicht. Das Gesetz sei wie der Dieb über Nacht hereingebrochen, seine Wirkungen seien von vielen nicht zu übersehen und deshalb stimme er gegen den Gesetzentwurf.

Geh. Reg.-Rath Schwarzkopff erklärt, daß die Staatsregierung sich nicht weiter darauf einlassen könne, auf Grund des bisherigen Pfändungssystems auch ferner Staatszuflüsse zu gewähren. Die Klagen über Unparität gegenüber den Katholischen seien gänzlich unberechtigt.

Synodale Prof. Dr. Tramer tritt den Ausführungen des Synodalen Schnaubert entgegen. Gegen den Entwurf spricht Major a. D. v. Liedemann, für denselben Gen. Ober-Poststrath Dr. Spilling.

Wirkl. Geh. Rath v. Levetzow erklärt sich mit aller Entschiedenheit gegen die Bestimmung, daß die Nutzung des unter das Gesetz fallenden Pfarrstellen vom Pfarrer auf die Kirchengemeinde übertragen werden soll. Dies sei ein so radikaler Eingriff in die dem Pfarrer gehörenden Kirchbrauchsrechte, daß er als conservativer Mann diesem Vorschlag nicht zustimmen könne, sondern für die Specialvertheilung einen Abänderungsantrag stellen werde.

Schließlich werden die ersten Paragraphen der Vorlage angenommen und darauf die Beratung auf Mittwoch verlegt. Der Schluß der General-Synode ist für Mittwoch Abend in Aussicht genommen.

Bon der Marine.

Berlin, 15. Dez. (Tel.) Der Kreuzer „Kaiserin Augusta“ ist am 14. Dezember in Singapore angekommen und geht am 16. Dezember nach Hongkong weiter.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Reichstag.

** Berlin, 15. Dezember.

Wider Erwarten wurde auch heute, am fünften Tage, die Staatsberatung nicht beendet, da angesichts der Beschlusshemmung des Hauses die Möglichkeit feiste, durch Schlußanträge manchen redelustigen Volksvertretern das Wort abzuschneiden. Die sechsstündige Debatte war stellenweise sehr erregt. Auffällig bemerkte wurde, daß der Staatssekretär Graf v. Posadowsky die Bebel'schen Provokationen ganz unerwidert ließ. Der Director des Bundes der Landwirthe, Abgeordneter Dr. Hahn (b. k. f.), suchte die Zufriedenheit seiner Auftraggeber durch giftgeschwollene Iriden gegen den Schuhverband gegen agrarische Uebergriffe, den Bauernverein „Nordost“, gegen die Börse, gegen die Juden und gegen den Abg. Richter zu erwerben. Sein Auftreten beweist, wie sehr die Leiter des Bundes sich durch die Gegenbestrebungen bedrückt fühlen.

Abg. Graf Kanitz (conf.) führt in 1½ stündiger Rede u. a. aus: Wenn in Sachen der polizeilichen Schließung des Feenpalastes das Oberverwaltungsgericht ebenso entscheiden sollte, wie der Bezirksausschuß, so wird nichts übrig bleiben, als durch eine Novelle zum Börsengesetz den Winkelbörsen den Raum zu machen. Redner dankt dem Grafen Posadowsky für die gestrige Erklärung bezüglich des erhöhten Zollsatzes für die Landwirthe; jedenfalls werde die Vorbereitung der künftigen Handelsverträge gründlicher sein, wie diejenige der laufenden Verträge es gewesen sei. Einstweilen aber möge man auf eine Revision der bestehenden Verträge hinsichtlich der Getreidezölle durch Verhandlungen mit Österreich und Rußland hinwirken.

Abg. Bebel (soc.) spricht 2½ Stunden und hält zunächst Abrechnung mit den Abg. v. Kardorff und Paasche. Ersterer hätte sich auf die sozialistischfeindliche Broschüre eines gewissen Fischer berufen. Dieser sei wegen gemeiner Vergehen bestraft; hinter demselben stehe aber als wirklicher Verfasser der Redakteur der „Post“. Fink, der genötigt worden sei, aus dem Verein der Berliner Presse auszutreten, weil Ehrenrühriges über ihn bekannt geworden sei. Redner sucht dem Abg. Paasche Unkenntlich in nationalökonomischen Dingen nachzuweisen, beschäftigt sich im übrigen meist mit Posadowsky's jüngsten Reden und constatirt, daß nach dessen Ausführungen die Sozialreform als eingesetzt zu betrachten sei. Während man die Bergarbeiter im Saar-Revier wegen ihrer Teilnahme am Streik drangsalire, würden Duellant, wegen Mißhandlungen bestraft Polizeibeamte und hochstehende Gülligkeitsverbrecher nach kurzer Zeit begnadigt.

Plön, 15. Dez. Der Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich werden sich morgen früh zur Ausreise der „Deutschland“ und „Gesion“ nach Kiel begeben und den Kaiser auf der Fahrt durch den Kanal bis Rendsburg begleiten.

Abg. Hesse (nat.-lib.) Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes) bricht eine Lanze für die deutschen Stammesgenossen in Österreich.

Abg. Fr. v. Garlinski (pole) behauptet, nicht die Polen und Tschechen, sondern die Deutschen hätten den Kampf in Österreich herausbeschworen.

Contreadmiral Büchel bemerkte, der Staatssekretär des Marineministeriums habe nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht, das vom Abg. Bebel erwähnte, neu erscheinende Blatt „Der Werstarbeiter“ zu empfehlen. Uebrigens habe der „Dorfwärts“ bei der Veröffentlichung der betreffenden Verfügung den Passus nicht abgedruckt, worin es verboten sei, die Arbeiter behufs Halbans der Zeitung zu beeinflussen. Der Staatssekretär habe keinen Pfennig für das Blatt und werde auch einen etwaigen pecuniären Ausfall nicht decken.

Nachdem noch Abg. Hahn (b. k. f.) und Abg. Ahlwardt (b. k. f.) gesprochen hatten, wurde die Sitzung um 7½ Uhr vertagt. Persönlich erklärte Abg. Fr. v. Stumm, die Behauptung Bebels gegen Fink sei eine Verleumdung, worauf Bebel erwiderte, Fink sei in Amerika wegen Wechselseitigkeit verurtheilt. Bebel erklärte Stumm für einen gemeinen Menschen.

Berlin, 15. Dez. Die Budgetcommission hat beschlossen, zuerst den Etat, alsdann das Flottengezetz zu berathen.

Der Kaiser in Hamburg und Riel.

Hamburg, 15. Dez. Der Kaiser mit dem Prinzen Adalbert und Gefolge wurde heute Mittag bei seiner Ankunft am Dammthor-Bahnhofe (cf. Telegramm in der gestrigen Abendnummer) von dem Bürgermeister Versmann und drei Senatoren empfangen. Er fuhr, nachdem er die Herren freundlich begrüßt hatte, unter dem Jubel der Bevölkerung nach dem Rathause.

Bei der Besichtigung desselben äußerte sich der Kaiser gegenüber dem Bürgermeister Versmann und der Baucommission über alle Einzelheiten des Baues, insbesondere den inneren Hof, sehr anerkennend. Während und nach dem Gabelstücks im Rathskeller, wobei keine Trinksprüche gehalten wurden, unterhielt sich der Kaiser mit den neben ihm sitzenden ältesten Senatoren und dem Grafen Waldersee sehr angeregt; auch vor der Absfahrt zum Bahnhof sprach der Kaiser mit den städtischen Mitgliedern der Handelskammer, denen er, wie die „Börsenhalle“ meldet, aufrug, der Börsenversammlung für die dargebrachte Huldigung zu danken; seinem Bruder werde er die Grüße bestellen und er sei überzeugt, daß die Fahrt derselben dazu beitragen werde, auch den Handel Hamburgs zu fördern.

Nach dem Frühstück begab sich der Kaiser zur Börse auf die Galerie, wo der Vorsitzende der Kaufmannschaft, Wörmann, ein Hoch auf den Kaiser ausbrachte, in welches alle Anwesenden begeistert einstimmten. Graf Waldersee geleitete den Kaiser zum Bahnhofe.

Riel, 15. Dez. Der Kaiser und Prinz Adalbert trafen in Begleitung des Staatssekretärs v. Bülow, Admirals Anorr, Staatssekretärs Tirpitz und Ober-Hofmarschalls Grafen Eulenburg Nachmittags 3 Uhr hier ein und wurden vom Prinzen Heinrich empfangen. Nach der Begrüßung fuhren der Kaiser, Prinz Heinrich und Prinz Adalbert mit dem Admiral Anorr und dem Staatssekretär Tirpitz zunächst an Bord der „Gesion“, welche die Kaiserstandarte hielt, worauf die Kriegsschiffe die üblichen Salutschüsse abgaben.

Im Schlosse fand Abends eine Tafel statt, wobei der Kaiser einen Trinkspruch ausbrachte.

Plön, 15. Dez. Der Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich werden sich morgen früh zur Ausreise der „Deutschland“ und „Gesion“ nach Kiel begeben und den Kaiser auf der Fahrt durch den Kanal bis Rendsburg begleiten.

Sicherung der Bauforderungen.

Berlin, 15. Dez. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Die auf Veranlassung des preußischen Staatsministeriums zusammengetretene Commission zur Beratung der Frage der Beseitigung der Mißstände im Baugewerbe und des Schutzes der Bauhandwerker gegen die Ausbeutung hat die Entwürfe für ein Reichsgesetz betreffend die Sicherung der Bauforderungen, sowie eines preußischen Ausführungsgesetzes dazu ausgearbeitet.

Die Entwürfe werden in der heutigen Ausgabe des „Reichsanzeigers“ veröffentlicht mit dem Wunsch, daß Vertreter der Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, sowie die betroffenen wirtschaftlichen Interessen Kenntniß nehmen und mit Urtheilen und Vorschlägen hervortreten möchten.

Insultierung deutscher Offiziere in Porte au Prince.

London, 15. Dez. Nach einem Telegramm aus Newyork hat der Ball, welchen der deutsche Gesandte in Porte au Prince am Montag Abend gab und auf dem die Kapelle deutsche Melodien spielte, das Nationalgefühl der Einwohner Haitis derartig verletzt, daß die nach ihren Schiffen kommenden Schiffe, in welchen sie ihm mittheilten, daß sie für ihn nicht stimmen könnten, falls er nicht schriftlich oder mündlich die Erklärung abgegeben habe, daß er bei der Abstimmung über das Vereinsgesetz nicht weiter gehen wolle, als der rechte Flügel der Nationalliberalen. Eine Antwort auf dies Schreiben sei nicht erfolgt. Fünf Tage vor der Wahl fand in Porte au Prince eine Wahlerversammlung statt, in welcher die freisinnigen Wähler die dieselbe Erklärung abgaben und erklärten, sie würden sich der Abstimmung enthalten, wenn nicht Herr Arndt vor Beginn des Wahlganges die gewünschte Erklärung geben wolle. In Pr. Stargard war Herr Arndt wieder nicht anwesend und nun verfaßmelierten sich die freisinnigen Wähler noch einmal und in dieser Versammlung wurde den freisinnigen Wähler richten nun an Herrn Arndt ein Schreiben, in welchem sie ihm mittheilten, daß sie für ihn nicht stimmen könnten, falls er nicht schriftlich oder mündlich die Erklärung abgegeben habe, daß er bei der Abstimmung über das Vereinsgesetz nicht weiter gehen wolle, als der rechte Flügel der Nationalliberalen. Eine Antwort auf dies Schreiben sei nicht erfolgt. Fünf Tage vor der Wahl fand in Porte au Prince eine Wahlerversammlung statt, in welcher die freisinnigen Wähler die dieselbe Erklärung abgaben und erklärten, sie würden sich der Abstimmung enthalten, wenn nicht Herr Arndt vor Beginn des Wahlganges die gewünschte Erklärung geben wolle. In Pr. Stargard war Herr Arndt wieder nicht anwesend und nun verfaßmelierten sich die freisinnigen Wähler noch einmal und in dieser Versammlung wurde den freisinnigen Wähler richten nun an Herrn Arndt ein Schreiben, in welchem sie ihm mittheilten, daß sie für ihn nicht stimmen könnten, falls er nicht schriftlich oder mündlich die Erklärung abgegeben habe, daß er bei der Abstimmung über das Vereinsgesetz nicht weiter gehen wolle, als der rechte Flügel der Nationalliberalen. Eine Antwort auf dies Schreiben sei nicht erfolgt. Fünf Tage vor der Wahl fand in Porte au Prince eine Wahlerversammlung statt, in welcher die freisinnigen Wähler die dieselbe Erklärung abgaben und erklärten, sie würden sich der Abstimmung enthalten, wenn nicht Herr Arndt vor Beginn des Wahlganges die gewünschte Erklärung geben wolle. In Pr. Stargard war Herr Arndt wieder nicht anwesend und nun verfaßmelierten sich die freisinnigen Wähler noch einmal und in dieser Versammlung wurde den freisinnigen Wähler richten nun an Herrn Arndt ein Schreiben, in welchem sie ihm mittheilten, daß sie für ihn nicht stimmen könnten, falls er nicht schriftlich oder mündlich die Erklärung abgegeben habe, daß er bei der Abstimmung über das Vereinsgesetz nicht weiter gehen wolle, als der rechte Flügel der Nationalliberalen. Eine Antwort auf dies Schreiben sei nicht erfolgt. Fünf Tage vor der Wahl fand in Porte au Prince eine Wahlerversammlung statt, in welcher die freisinnigen Wähler die dieselbe Erklärung abgaben und erklärten, sie würden sich der Abstimmung enthalten, wenn nicht Herr Arndt vor Beginn des Wahlganges die gewünschte Erklärung geben wolle. In Pr. Stargard war Herr Arndt wieder nicht anwesend und nun verfaßmelierten sich die freisinnigen Wähler noch einmal und in dieser Versammlung wurde den freisinnigen Wähler richten nun an Herrn Arndt ein Schreiben, in welchem sie ihm mittheilten, daß sie für ihn nicht stimmen könnten, falls er nicht schriftlich oder mündlich die Erklärung abgegeben habe, daß er bei der Abstimmung über das Vereinsgesetz nicht weiter gehen wolle, als der rechte Flügel der Nationalliberalen. Eine Antwort auf dies Schreiben sei nicht erfolgt. Fünf Tage vor der Wahl fand in Porte au Prince eine Wahlerversammlung statt, in welcher die freisinnigen Wähler die dieselbe Erklärung abgaben und erklärten, sie würden sich der Abstimmung enthalten, wenn nicht Herr Arndt vor Beginn des Wahlganges die gewünschte Erklärung geben wolle. In Pr. Stargard war Herr Arndt wieder nicht anwesend und nun verfaßmelierten sich die freisinnigen Wähler noch einmal und in dieser Versammlung wurde den freisinnigen Wähler richten nun an Herrn Arndt ein Schreiben, in welchem sie ihm mittheilten, daß sie für ihn nicht stimmen könnten, falls er nicht schriftlich oder mündlich die Erklärung abgegeben habe, daß er bei der Abstimmung über das Vereinsgesetz nicht weiter gehen wolle, als der rechte Flügel der Nationalliberalen. Eine Antwort auf dies Schreiben sei nicht erfolgt. Fünf Tage vor der Wahl fand in Porte au Prince eine Wahlerversammlung statt, in welcher die freisinnigen Wähler die dieselbe Erklärung abgaben und erklärten, sie würden sich der Abstimmung enthalten, wenn nicht Herr Arndt vor Beginn des Wahlganges die gewünschte Erklärung geben wolle. In Pr. Stargard war Herr Arndt wieder nicht anwesend und nun verfaßmelierten sich die freisinnigen Wähler noch einmal und in dieser Versammlung wurde den freisinnigen Wähler richten nun an Herrn Arndt ein Schreiben, in welchem sie ihm mittheilten, daß sie für ihn nicht stimmen könnten, falls er nicht schriftlich oder mündlich die Erklärung abgegeben habe, daß er bei der Abstimmung über das Vereinsgesetz nicht weiter gehen wolle, als der rechte Flügel der Nationalliberalen. Eine Antwort auf dies Schreiben sei nicht erfolgt. Fünf Tage vor der Wahl fand in Porte au Prince eine Wahlerversammlung statt, in welcher die freisinnigen Wähler die dieselbe Erklärung abgaben und erklärten, sie würden sich der Abstimmung enthalten, wenn nicht Herr Arndt vor Beginn des Wahlganges die gewünschte Erklärung geben wolle. In Pr. Stargard war Herr Arndt wieder nicht anwesend und nun verfaßmelierten sich die freisinnigen Wähler noch einmal und in dieser Versammlung wurde den freisinnigen Wähler richten nun an Herrn Arndt ein Schreiben, in welchem sie ihm mittheilten, daß sie für ihn nicht stimmen könnten, falls er nicht schriftlich oder mündlich die Erklärung abgegeben habe, daß er bei der Abstimmung über das Vereinsgesetz nicht weiter gehen wolle, als der rechte Flügel der Nationalliberalen. Eine Antwort auf dies Schreiben sei nicht erfol

entgegnete heraus, daß die betreffende Entscheidung des Schöfengerichts angefochten worden sei. Die Entfernung der politischen Freude des Herrn Mac Lean sei um so weniger gerechtfertigt, als dieselben bei der Reichstags-Nachwahl im Kreise Stuhm-Marienwerder den Polen, der damals gegen den Fraktionenlosen des Herrn Arndt, Herrn Polizeipräsidenten Wessel, can-didirte, für das „kleinere Uebel“ erklärt haben.

Herr Director Raabe führt aus, daß Herr Mac Lean jedenfalls ihn selbst und Herrn Dr. Frick persönlich gekannt habe. Im übrigen liege ihnen die Absicht hinsichtlich fern, durch die Verhandlung ihr Ansehen wiederherstellen zu wollen. Sie hätten sich lediglich deshalb der Abstimmung enthalten, weil sie nicht die Verantwortung dafür übernehmen wollten, durch ihre Abstimmung dazu beigetragen zu haben, daß Rechte, die durch die Verfassung garantiert sind, preisgegeben würden. — Herr Mac Lean gab zu, die Herrn Raabe und Frick ebenfalls gekannt zu haben; die drei anderen Herren seien ihm vollständig unbekannt gewesen. Von den deutschen Wahlmännern sei ein Kartell abgeschlossen worden, welches für die Dauer der ganzen Wahlperiode gegolten habe. — Herr Oberlehrer Frick bestreite, irgend welche „Verpflichtung“ übernommen zu haben. Er sei von seinen Wählern nicht gefragt worden und Herr Director Raabe habe auf eine Anfrage sogar ganz positiv erklärt, er könne keinerlei Verpflichtung übernehmen. Von einem Vertrauensbruch könne also gar keine Rede sein. Uebrigens komme es doch auf den Eindruck an, den die Worte des Herrn Mac Lean auf die Anwesenden gemacht hätten. Dirschauer Wahlmänner, die bei dem Essen gegen gewesen waren, hätten ihm gesagt: „Da sind bei dem Essen Worte gefallen, die könnten Ihr Euch nicht gefallen lassen!“ Die Anwesenden haben den Eindruck gehabt, daß die Worte auf uns gemüth waren.

Der Gerichtshof nahm an, daß die Worte, welche tatsächlich gebraucht worden sind, den Klägern gewissermaßen einen Stich beibringen und sie verletzen sollten, und diesen Eindruck hatten auch die Zuhörer empfangen. Durch die Beugnahme auf den „Zuchthäusler“ sollten ihre Personen der Nachahmung preisgegeben werden. Von einem Schutz durch Wahrung berechtigter Interessen könne keine Rede sein, es liege eine schwere öffentliche Beleidigung vor. Der Gerichtshof erkannte, wie schon berichtet, auf eine Geldstrafe von 100 Mk. und sprach den Klägern die Befreiung zu, den Tenor des Erkenntnisses 54 Tage nach erfolgter Rechtskraft auf Kosten des Beklagten zu veröffentlichen.

Die zweite Klage richtete sich gegen den früheren Redakteur der „Danz. Allgemeine Zeitg.“, Herrn v. Binzer, welcher nicht zu der Verhandlung erschien war und durch Herrn Rechtsanwalt Gall vertreten wurde. Die Beleidigungen wurden in einer Depesche vom 10. Juni und in zwei Artikeln vom 11. und 12. Juni gefunden, in denen die Vorgänge bei der Wahl in Pr. Stargard besprochen wurden. In diesen Artikeln werden die fünf Wahlmänner namentlich aufgeführt, und nicht nur „Todtengräber der deutschen Sache“ genannt und als „Verräther gebrandmarkt“, sondern es wird ihnen auch Vertrauensbruch, Verlogenheit und Dreistigkeit vorgeworfen. Herr Rechtsanwalt Gall suchte in einer längeren Ausführung nachzuweisen, daß der Beklagte in seinen Artikeln berechtigte Interessen wahrgekommen und nicht die Absicht gehabt habe, die Kläger zu beleidigen. Daß ein Kartell zwischen den deutschen Wählern bestanden habe, könne er beweisen. Es sei auch in Deutschland allmählich Gewohnheit geworden, politische Dinge nicht zu hart anzuspielen und es werde in dieser Beziehung ein selber Puff ertragen. — Herr Rechtsanwalt Neimann betritt, daß hier die Wahrnehmung berechtigter Interessen vorliege. Die Artikel wären von Hass gegen die Freisinnigen erfüllt und bezwecken, die Kläger zu beleidigen und zu beschimpfen. Aus der Fassung der Artikel gehe die Absicht der Beleidigung unzweifelhaft hervor. — Der Gerichtshof hob hervor, daß der in den Artikeln gebrauchte Ausdruck „Puff“ Verachtung und Gering schätzung ausdrücke und daß der Beklagte zweifellos das Bewußtsein der Beleidigung besessen habe. Die Form der Artikel lasse keinen Zweifel darüber übrig, daß die Ehre der Kläger begehrte werden sollte. Von der Wahrnehmung berechtigter Interessen könne hier keine Rede sein, denn die Presse habe nicht mehr Recht wie andere Leute. Die Wahlmänner seien vollständig in ihrem Rechte gewesen, denn jeder kann wählen, wie er es für richtig hält. Jedoch hat der Gerichtshof als strafmildernd angenommen, daß sich der Beklagte in der Erregung befunden hat. Der Beklagte sei der öffentlichen Beleidigung in drei Fällen schuldig und deshalb zu einer Geldstrafe von 250 Mk. verurtheilt worden. Außerdem erhalten die Kläger das Recht, den Tenor des Erkenntnisses auf Kosten des Beklagten zu veröffentlichen.

* [Schiffsverluste in einem Jahre.] Die Sürme jaußen und manches Schiff fällt denselben zum Opfer; nach soeben bekannt gewordener Zusammenstellung betrug der Gesamtverlust einschließlich Condemnirung u. s. w. an Schiffen im Jahre 1896 1051 Schiffe von 737 779 Tonnen, hierunter befanden sich 270 Dampfer und 781 Segelschiffe. Der Verlust an Dampfern ist größer, der an Segelschiffen geringer wie der Durchschnitt aus den letzten fünf Jahren. Prozentmäßig hat dabei England die geringsten Verluste. Deutschland steht — und das verdient zweifellos hervorgehoben zu werden — an zweitbestem Stelle; ein Beweis, wie vorzüglich die Capitäne und die Mannschaften auf den deutschen Handelschiffen sind. Norwegen hat prozentmäßig die meisten Verluste aufzuweisen.

* [Postalliches.] Der Oranje-Freistaat tritt mit dem 1. Januar dem Weltpostvertrag bei. Auf den Briefverkehr mit dem Oranje-Freistaat kommen daher von diesem Tage ab die Vorschriften des Vereinsdienstes in vollem Umfange zur Anwendung.

* [Jubiläum.] Am Dienstag Abend feierte der hier bestehende Verein der Schlesier sein 25jähriges Bestehen durch ein Festmahl im oberen Saale der „Cambrinusalle“. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Geheimrat Dr. Abegg, brachte bei dem Mahle den ersten Toast auf den Verein aus und gab in der Ansprache eine kurze Übersicht über das Wirken des Vereins. Zur Pflege des heimatlichen Sinnes haben sich vor 25 Jahren eine Anzahl Schlesier vereint und in monatlichen Zusammenkünften der lieben Heimat gedacht. Daneben hat der Verein, der jetzt eine größere Zahl von Mitgliedern vereint, auch die Wohlthätigkeit gepflegt und nicht allein für Landsleute, sondern auch für hiesige wohltätige Anstalten Gaben gegeben.

* [Veränderungen im Grundbesitz.] Es sind verkauft worden die Grundstücke: Abeggasse Nr. 1/2 von dem Kaufmann Paul Weishal an den Bauernmeister Hinrichs für 76 000 Mk.; Schellingsfelde Blatt 21 von den Bankbeamten a. D. Schulz'chen Eheleuten an die Lachter Zeppel'schen Eheleute für 10 800 Mk.; eine Parzelle in 2. Petershagen von den Eigentümern Otto'schen Eheleuten an die Eisenbahngesellschaft für 5067 Mk.; Niederstadt Blatt 265 von dem Kaufmann Paul Weishal an das Fr. Franziska Christoph für 51 000 Mk.; Neufahrwasser Blatt 264 von der Stadtgemeinde Danzig an die Gattinmeister Reinhold Weisse'schen Eheleute für 3182 Mk. Lischler-gasse Nr. 57 ist mittels gerichtlichen Urtheils der Steuermanns-Sterbehause in Danzig für das Meistergut von 7000 Mk. zugeschlagen worden.

* [Strafhammer.] Ein recht bedeutender Geldbetrug wurde vor der hiesigen Strafkammer erörtert. Bei dem Besitzer Julius Siem in Abbau Odargau war in diesem Jahre ein fast 90-jähriger Gehälfte, ein gewisser Nagornski in Pflege, der ein armer Gehälfte sein soll. Sein Vermögen, etwa 3—4000 Mk., wagt er nicht auf eine Sparkasse zu geben, er verwahrt es, um sich von seinem Gehälte nicht trennen zu müssen, in

einem großen Kasten. Er stand in der Gegend im Rufe großen Reichthums und der Reicht August Wittbrodt, der bei Siem im Dienste war, kam eines Tages, als der Alte ihm Geld zu Tabak gab, dahinter, wo der Alte sein Geld verwahrte. Er wartete, bis der Alte das Zimmer verlassen hatte, um dann sofort einen Griff in den Geldkasten zu machen. Er sandt drei Goldstücke und eine Menge Papier, das er, da er nie in seinem Leben größeres Papiergebeld als Fünfmarkscheine gelehrt hat, für diese zu halten geneigt war. Von diesen „Papieren“ eignete er sich einige an und wartete, was nun kommen würde. Bald hatte der Alte seinen Verlust bemerkt und stellte fest, daß ihm 630 Mk. fehlten. Die angeblichen „Fünfmarkscheine“ des Wittbrodt waren hundertmarknoten. Der Verdacht des Diebstahls lenkte sich auf W., da niemand anders an den Kasten gekommen sein konnte und W. gab auch nach und nach die Scheine, die er schon in der Scheune verscharrt hatte, wieder heraus. Wegen Diebstahls angeklagt, gab er zu, daß er Geld gestohlen habe, versicherte aber glaubhaft, daß er den wirklichen Werth der entwendeten Papiere nicht gekannt habe. Der Gerichtshof glaubte ihm dies auch und verurteilte ihn zu 6 Monat Fängnis.

[Polizeibericht für den 15. Dezember.] Verhaftet: 3 Personen, darunter 1 Person wegen Trunkenheit, 1 Bettler, 5 Obdachlose. — Gefunden: 1 weißes Taschentuch, abzuholen aus dem Fundbureau der kgl. Polizei-Direction, 1 Stiefelporn, abzuholen aus dem Bureau des 7. Polizei-Reviers Langfuhr. — Verloren: 1 Portemonnaie mit 3 Mk. 5 Pf., 1 weißes Taschentuch mit 1 Mk., 1 grünes Portemonnaie mit 5 Mk. 25 Pf., 2 Blechmarken und 2 Päckchen Nähnadeln, 1 goldenes Trauring, gelb. B. S. 18. 11. 93, abzugeben im Fundbureau der kgl. Polizei-Direction.

Aus der Provinz.

Oliva, 15. Dez. In der sehr zahlreich besuchten Dezemberfeier des Vaterländischen Frauenvereins wurde Bericht erstattet über die am 7. d. Monats veranstaltete Kaffeunterhaltung, die in allen Theilen wohlgegangen war. Der große Saal des Waldhäuschen und die angrenzenden Räume waren nicht besetzt von Zuhörern. Die musikalischen Vorträge, das Theaterstück „Schwerhörig“, und besonders die Darstellung der vier Jahreszeiten und von Hänsel und Gretel in lebenden Bildern, begleitet von Declamation und sanfter Musik, wurden mit grossem Beifall aufgenommen. Ein Mitglied hatte ein Pfeifkuchenhäuschen mit Umgebung reizend zusammengestellt und zur Verlosung geschenkt, die 37,65 Mk. ergab. Der ganze Ertrag der Veranstaltung betrug 263 Mk., wovon nach Abzug der Kosten ca. 220 Mk. der Vereinskasse zur Christbeschermung für Bedürftige beider Konfessionen zugestellt. Dann wurde die Veranstaltung der Weihnachtsbeschermung berathen und auf den 23. Dezember festgelegt. Sie soll im „Waldhäuschen“ im Anschluß an die Feier des Kindergartens und der evangelischen Schule stattfinden.

ph. Dirschau, 15. Dez. Gestern Abend wurde im Schützenhaus eine Versammlung des „Bereins zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken“ (Ortsgruppe Dirschau) abgehalten. Der Wanderredner Herr Dr. Boenisch aus Posen sprach über die Lenden und die Thätigkeit der Polenvereine und das Wirken des Vereins zur Förderung des Deutschthums. Es wurde beantragt, daß von nun an östlers Versammlungen der Ortsgruppen stattfinden sollen. Aufgenommen wurden 5 Mitglieder, so daß die Gruppe jetzt 95 Mitglieder zählt.

Marienwerder, 15. Dez. Die hiesige Zuckarfabrik, welche am Sonnabend ihre diesjährige Campagne beendet, hat in derselben 555 130 Centner Rüben verarbeitet.

Graudenz, 14. Dez. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurde der Gehaltsordnung für die Lehrer an der höheren Töchterschule und Mädchen-Mittelschule zugestimmt. Der Aufhebung des seit 50 Jahren bestehenden Lehrerinnen-Seminars wurde nicht zugestimmt; der Antrag wurde der Schulcommission überwiesen.

SS Belgard, 14. Dez. Gestern starb nach einer Operation in einer Klinik zu Dresden der Landrat unseres Kreises, Rüdiger v. Alteff-Rehow, Sohn des früheren Oberpräsidenten.

Königsberg, 14. Dez. Die Uebernahme der Straßenreinigung auf die Stadt ist von dem Magistrat begeschlossen worden; es soll dieselbe jedoch nicht auf einmal, sondern allmählich mit der fortlaufenden Kanalisierung der Straßen erfolgen.

Ein schwerer Verlust hat unerwartet das hiesige Regierungscollegium betroffen. Im kräftigsten Männeralter ist Herr Oberregierungsrath v. Steinau-Steinrück am Herzschlag gestorben. Paul v. Steinau-Steinrück war am 20. August 1850 zu Berlin geboren. Er veraltete seit 1883 den Kreis Lebus (Regierungsbezirk Frankfurt a. O.). Mehr als zehn Jahre hindurch hat er an der Spitze dieser Kreise gestanden. Seit 1885 vertrat er die Stadt Frankfurt a. O. und den Kreis Lebus im Abgeordnetenhaus und seit 1887 den Kreis Lebus im Reichstage, in welchem er sich der conservativen Partei anschloß. Beide Mandate gingen für ihn mit seiner Berufung als Oberregierungsrath an die hiesige Regierung (1893) über. Hier in Königsberg leistete er die Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen. (R. A. J.)

Mehrere Stadtverordnete hatten in der Boraussetzung, daß die Gruner Bahn, nach erlangter Concession für die Strecke Tran-Neukupen, den Bollbetrieb einführen würde, sich für das Project verwendet und auch eine eigens dazu gewählte Commission ihr Votum zu Gunsten der Bahn abgegeben. Nachdem nun der Magistrat erfahren hat, daß jene Voraussetzung gar nicht zutreffend ist, hat der Magistrat dem Antrage, eine befürwortende Petition an den Minister abzusenden, nicht zugestimmt, und auch die heutige Stadtverordneten-Versammlung hielt es unter solchen Umständen für angezeigt, die Angelegenheit durch bloße Kenntnahme zu erledigen.

Schneidemühl, 15. Dez. Zwei große liberale Versammlungen haben am Sonnabend und Sonntag in Czarnikau und Kolmar stattgefunden; beide waren recht zahlreich besucht, in Kolmar war der Saal des Hotelbesitzers Berch zum Erdruken voll. In Czarnikau verließ die Versammlung recht friedlich. Der liberale Kandidat, Herr Director Ernst-Schneidemühl, entwickelte, oft von lebhaftem Beifall unterbrochen, sein Programm und mit einem Hoch auf den Kandidaten wurde die Versammlung geschlossen.

Ein ganz anderes Bild bot, wie die „Schneidemühl“ schildert, die Versammlung in Kolmar. Iwar war die Versammlung ausdrücklich als liberale Wählerversammlung und Versammlung des Bauernvereins „Nordost“ bekannt gemacht worden. Das hinderte die bündlerischen Großgrundbesitzer aus der ganzen Umgegend jedoch nicht, in der Versammlung zu erscheinen und sämtliche Börderplätze und Sühle für sich in Anspruch zu nehmen. Die große Masse der liberalen Wähler mußte hinten stehen. Nun hätte man erwarten dürfen, daß sie, die gar nicht eingeladen waren, als Gäste auch das Gastrecht respektieren würden. Doch weit gefehlt! Raum war das Kaiserkoch verklungen, als sie stürmisch Büreauwahl verlangten. Als man die unberechtigte Einmischung in die Geschäftsführung zurückwies, machten die Herren einen solchen Lärm, daß der Vorsitzende sich gezwungen sah, die Versammlung auf fünf Minuten zu verlängern. Herr Director Ernst hielt nun keine Programmrede, die starken Beifall fand. Der Skandal begann nun wieder, als der „Nordost“-Redner das Wort ergriß. Es kam dann

zu schroßen Auseinandersetzungen zwischen beiden Lagern. Die vielfachen Zwischenrufe wie Lump, Gemeinhheit etc., mit welchen der Nordostredner überhäuft wurde, fertigte derselbe mit den bekannten Worten eines berühmten Ministerpräsidenten ab: „Häufen Sie das Maß Ihrer Beleidigungen so hoch Sie wollen, Sie werden nie das Maß meiner Verachtung erreichen.“ Um die Versammlung nicht der Auflösung verfallen zu lassen, wurde sie alsdann mit einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf den „Nordost“ und den Kandidaten geschlossen. Die Herren vom Bunde spielten hier eine ziemlich klägliche Rolle.

Bermischtes.

Prozeß Bodenschwingh.

Bielefeld, 15. Dez. (Tel.) In dem Prozeß wegen Beleidigung des Pastors v. Bodenschwingh, der Pastoren, Aerzte etc. der Anstalt Bethel wurde der Angeklagte Pfarrer zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilt. Der Mitangeklagte, Verleger der Broschüre, Schumann wurde freigesprochen.

Standesamt vom 15. Dezember.

Geburten: Sekretär der Section I der norddeutschen Holzbergsenfossenschaft Franz Altenberg, L. — Arbeiter Franz Möbus, S. — Wiewachtmüller im Feldartillerie-Regiment Nr. 36 Karsten Schomacker, S. — Arbeiter August Joels, S. — Geeschafer Albert Warmbier, S. — Heizer Anton Scheffke, L. — Zimmergeselle Heinrich Geroth, S. — Schmiedegeselle Anton Zielinski, S. — Arbeiter Johann Kunath, L. — Unehelich: 2 L.

Aufgebot: Malergeselle Rudolph Valentin Borowski und Anna Rajut, beide hier.

Heiraten: Arbeiter Max Arüger und Louise Klochkowsky. — Arbeiter Eduard Jungherr und Justine Reddig. — Schuhmachergeselle Albert Lau und Margarete Ebert.

Todesfälle: Witwe Maria Auguste Bertram, geb. Stanneck, 74 J. — Frau Auguste Skubowius, geb. Quiring, fast 69 J. — S. d. Vice-Wachtmeisters im Feld-Artillerie-Regiment Nr. 36 Karsten Schomacker, 1/2 Stunde. — L. d. Schaffners bei der elektrischen Straßenbahn Friedrich Beck, tödlich. — S. d. Schlosser Franz Schinkowski, 10 J. — Witwe Anna Bartlich, geb. Jech, 78 J. — Arbeiter Josef Lubner, 60 J. — S. d. Seefahrers Albert Warmbier, 3 J. — Unehelich: 2 S., 1 L. und 1 T. tödlich.

Schiffs-Nachrichten.

New York, 13. Dez. (Tel.) Der Hamburger Postdampfer „Persta“, von Hamburg kommend, ist hier eingetroffen.

Lönsberg, 10. Dez. Die Brig „Atlas“ aus Nörde ist am Mittwoch Abend bei Rauer, westlich von Zugeluk, verloren gegangen. Befahrung gerettet.

London, 13. Dez. Dampfer „Millfield“, von Baltimore nach Belfast, ist 140 Seemeilen westlich Fastnet sinkend verlassen; Befahrung gerettet.

Weizenstatistik.

Woche gegen Gleiche Woche
ende 1897 1896 1895
11. Dez. 97 1897 1896 1895
zo. zo. zo. zo.

Die offiziellen amerikanischen Bestände .. 947500 — 2500 1481000 1888000

Verladungen n. westereurop.

Häfen von Ver. Staaten und Canada. 133 000 — 35 000 82 000 —

zu russischen Häfen .. 44 500 — 30 000 126 000 —

von Donauhäfen 22 000 + 11 000 31 000 —

von Indien .. 6 500 + 5 600 — 700 —

zu Argentinien — — 24 000 —

v. verschiedenen Ländern ... 16 500 + 7 500 22 000 —

zusammen 222 500 — 40 900 263 700 158 000

seit 1. August cr. 4471 900 + 222 500 4 326 200 325 000 schwimmend

Quantum direct nach 239 000 + 3 000 288 000 224 000

England { 351 000 + 342 000 342 000 275 000

für Ordre nach dem Continent 331 000 — 5 000 281 000 247 000

zusammen 921 000 — 2 000 911 000 746 000

Bestände in Häfen Englands 370 000 + 8 000 421 000 658 500

Das schwimmende Quantum war bisher angegeben nach England einflächlich derjenigen Ladungen, welche nach englischen Häfen mit der Bestimmung abgeladen waren, dort Bestimmungshäfen zu erhalten. Diese Abladungen sind oben getrennt.

Börjen-Depeschen.

Berlin, 15. Dez. (Tel.) Tendenz der heutigen Börse. Die Festigkeit des Wiener Börbörsen-Berkehrs und günstige Berichte vom Ruhr-Kohlenmarkt wirkten anregend. Österreichische Werthe sowie Hütten- und Kohlenactien meist etwas gebessert. Gerüchte, daß die Bestrebungen zur

Ernst Eckardt, Dortmund,
Special-Geschäft seit 1875 für
Fabrik-Schornsteine
Neubau, Reparatur
Höherführen, Geraderichten, Ausfügen u. Binden
während des Betriebes mit Steigapparat oder
Kunstgerüst.)
Einmauerung von Dampfkesseln.
Blitzableiter-Anlagen. (9294)

Am Montag, den 13. Dezember cr., Mittags 12½ Uhr,
entschließt fäust nach langem schweren Leiden unser ver-
ehrter Präsident.

Herr Buchdruckereibesitzer
Carl Louis Groening
in seinem 60. Lebensjahr, was tief betrübt anzeigt
Das Personal
der
Edwin Groening'schen Buchdruckerei.

Amtliche Anzeigen.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 9. Dezember 1897 ist am 10. Dezember 1897 die Handelsniederlassung des Kaufmanns Otto Meller zu Strababuda unter der Firma

Otto Meller
in das diesseitige Firmen-Register unter Nr. 98 eingetragen.
Carthaus, den 11. Dezember 1897. (24001)

Bekanntmachung.

Für das Geschäftsjahr 1898 werden der Deutsche Reichs- und Königlich Preußische Staatsanzeiger, die Danziger Zeitung und die Mohrungen Kreiszeitung, für kleinere Genossenschaften nur das letztere Blatt und der Reichsanzeiger als diejenigen Blätter bestimmt, durch welche Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts- und Musterregister veröffentlicht werden.

Saalfeld Ostr., den 9. Dezember 1897. (23994)

Königliches Amtsgericht.

Die zum Um- und Erweiterungsbau auf dem Postgrundstücke zu Danzig, Langasse, erforderlichen Tücher- und Schlosserarbeiten (Türen und Fenster einschließlich Beschlag), veranlaßt zu rd. 15 000 Mark, sollen im Wege des öffentlichen Angebots vergeben werden.

Die Verdingungsunterlagen liegen im Amtszimmer des Regierungsbauamtes Langhoff, Danzig, Postgasse, zur Einsicht aus und können dafelbst gegen vorstreeke Einforderung der Umdruckgebühren pp. im Betrage von 2,50 M. und des Bestellgeldes bezogen werden.

Die Angebote sind verschlossen und mit einer den Inhalt kennzeichnenden Aufschrift verlesen bis zum 28. Dezember 1897, Mittags 12 Uhr, an den Unterzeichneten frankirt einzuführen, in dessen Amtszimmer zur bezeichneten Stunde die Eröffnung der eingesandten Angebote in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter stattfinden wird.

Danzig, den 13. Dezember 1897. (23937)

Der Regierungsbauamtmann.

Langhoff.

Auctionen.

Öffentliche Versteigerung.

Freitag, den 17. Dezember cr.,
Vormittags 10 Uhr, werde ich
in Götterblöck (Bollenbude):

zwei schwarzunte
Rühe,

welche dort untergebracht sind,
im Wege der Zwangsvollstreckung
öffentl. meistbietend gegen Baar-
zahlung versteigern. (24018)

Danzig, 15. Dezember 1897.

Hellwig,
Gerichtsvollzieher in Danzig,
Heil. Geistgasse 23.

Vermischtes.

Einladung zum Abonnement
auf die dreimal wöchentlich erscheinende

Deutsch-Kroner Zeitung,

mit einer illustrierten und einer landwirtschaftlichen Beilage ohne fremde Anzeigen. Unsere Beilage bringt in gedrängter Rücksicht Berichte der Reichstags-Verhandlungen, des Abgeordneten- und Herrenhauses, Politische Rundschau, Hof- und Personalnachrichten, Localen und Provinziales, sowie Markberichte neuesten Datums.

Die Dt. Kroner Zeitung ist die einzige Kreis-Zeitung, bringt die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsgerichte im Kreise Dt. Kronen und die Holzverkäufe der 8 königlichen Oberförstereien in und außerhalb des Kreises.

Insertionspreis 15 Pf. die kleine Zeile.

Der Preis ist nach wie vor derselbe und zwar 1 Mk. 50 Pf. mit 1 Mk. 25 Pf. ohne Bestellgeld bei allen Kaiserlichen Postanstalten.

Redaktion und Expedition der „Deutsch-Kroner Zeitung“ (F. Garmas.)

Ständerlampen

empfiehlt

in großer Auswahl

Teleg.-Abt.: H. Ed. Axt, Telefon 1 Nr. 352.
Agt., Danzig. Langgasse 57/58. (23919)

Zum Verzweifeln

hat wohl schon manche Dame ausgerufen, wenn die lästigen, mühsamen, langwierigen, zeitraubenden häuslichen Sorgearbeiten kein Ende nehmen wollen. Mit dies wird vermieden, wenn man den vielfach praktizierten vom „Zettelein“ (die wahrgenommene Stelle weiß, handelt) empfohlenen **Magic Weaver® Stopfapparat**. D. R. G. M. heißt, mit welchem jedes Schuhwerk ganz selbstständig (ein Automatenmechanismus) gehäutet wird. Die Haushalte vorwiegend Sorgearbeiten an Strümpfen, Lätzengut etc. nicht nur schnell, sondern auch preiswerter gleichzeitig als neue gegenwärtig ausführten kann. Preis mit Proband. u. Artikel. Mt. 2,50 gegen Vorher. v. Mt. 3,00 postfrei. Einzigste Bezugsquelle: G. Schubert & Co., Berlin SW., Beuthstraße 17.

General-Versammlung des Danziger Beamtenvereins

Dienstag, den 28. Dezember cr.,
abends 8 Uhr,

im Saale des Kaiserhofs,

heilige Geistgasse.

Tagesordnung:

- Bericht über den Kassenabschluß für das 3. Quartal und über die abgeschlossenen Kassenrevisionen.
- Beschlußfassung über die Beitragssleistung zu dem vom Verbande der Beamtenvereine angemeldeten Fonds zur Unterstützung der hinterbliebenen von Vereinsmitgliedern.
- Beschlußfassung über die Erhöhung der Vergütungen für den Rentanten und für den Vater des Vereins.
- Feststellung des Vermaltungshofen-Estatu für 1898.
- Verschiedene Mitteilungen in Vereinsangelegenheiten.

Der Vorsitzende.

v. Gossler, Oberpräsident, Staatsminister. (24008)

Auf vielfachen Wunsch ist mein

Kunst-Salon

Gaal-Etage Jopengasse 19

von heute ab erleuchtet und deshalb den ganzen Tag bis Abends 8 Uhr geöffnet.

Große Ausstellung von gerahmten Bildern.

Eine neue Collection Olgemälde ist soeben eingetroffen.

Für Kunsthörner eine große Sammlung Aufsichtscheine avant la lettre.

Große Auswahl. Billige Preise.

R. Barth, Buch- und Kunstdruckerei. (23993)

Weihnachts-Ausstellungen.

Die Eröffnung meiner Weihnachts-Ausstellungen mit
Kand-, Thee- und Salzmarzipan,
aller Sorten Honigkuchen, Zuckernüssen, Pfeffer-
nüssen und Makronen zeigen ergeben an.

Gustav Karow,
Röpergasse 5 und Brodbänkengasse 3.

Grosser Weihnachts-Ausverkauf

Musik-Instrumenten von

Grösstes Lager

in Musik-Werken mit auswechselbaren Platten.

Polyphones, Symphonions, Orphenions etc.

Leierküsten!

Herophons, Aristons, Manopans.

Beste Bezugssquelle!

für Violinen, Gitarren, ital. Mandolinen etc.

General-Vertrieb von

Müllers Accord-Zither.

Catalog gratis und franco. Berlin W. 8.

F. Martienssen, Friedrichstr. 59/60, Equitablepalast

REX SCHER THEE

BERLIN W. Leipziger Str. 22

Beste Mischungen, feinstes Geschmack

Überall vorrätig von ab 2 Mk. an.

Kaiser-Oel.

(Wortl. unter Nr. 16691 Klasse 20 b.)

Bestes nicht explodierendes Petroleum!

Gesetzlich geschützt!

General-Darsteller für Händler:

Felix Kawalki,

Danzig, Langenmarkt Nr. 32. (19578)

Hufeisen-H-Stollen (Patent Neuss)

Stets scharf! Kronenritt unmöglich!

Das einzige Praktische für glatte Fahräben!

Vorsicht! Um vorweltlosen Nach-

schmungen zu schützen, versehen wir jetzt

jeden einzelnen unserer H-Stollen mit

nebenstehender Schutzmarke. Man achtet

darauf beim Einkauf!

Preislisten u. Zeugnisserat. franco.

Leonhardt & Co., Berlin N.W., Schiffbauerdamm 3.

Schutz-
L
Co
Marke

Die 19. jährige

Braut

bacht den feinsten Auchen ebenso gut wie die erfahrene Haustfrau, wenn sie nach Dr. Oetker's Recepten arbeitet und Dr. Oetker's weltbekanntes Backpulver à 10 Pf. benutzt. Die berühmten Recepte zu Tropfuchen, Puffen, Gesundheits-Auchen, Stollen, Sandtorte, Königsküchen oder Englischen Auchen, Choco-ladeküchen, Speculatius und seinen Alohen millionenfach bewährt, gratis von Richard Utz, Junkergasse 12. (22554)

Echte chinesische Mandarinendaunen

das Pfund Mk. 2,85

naturliche Daunen wie alle in-

ländlichen, garantiert neu und

frisch, in Größe ähnlich den

Eiderdaunen an und fast

halbar; 3 Pfund

In den Apotheken und Drogerien.

In Dosens à 10, 20 u. 60 Pf., in Tuben à 40 u. 80 Pf.

Man verlangt Preisliste.

Druck und Verlag

von A. M. Seemann in Danzig



LANOLIN Toilete-Cream
In den Apotheken und Drogerien.

In Dosens à 10, 20 u. 60 Pf., in Tuben à 40 u. 80 Pf.

Unübertroffen

als

Sohlenmittel

und zur

Hautpflege.

California

Golden Crown

Portwein

anerkannt hervorragendes

Frühstückswein

Mk. 2,- pr. Fl.

Heinrich Hevelke

Hundegasse 31.

Dum Weihnachtsfest Baumkuchen

in anerkannt tabellot.

Dual verendet täglich

franco mit Verpack. für

M. 5,- und größer

Paul Lange,

Conditor,

höfliertant Gr. königl. Hobel

des Bringen Friedr. August

heros zu Sachsen, Bludow-

erde, (22806)

Alteiner Buchhalter

übernimmt auf einige Stunden

des Tages Belegschaftung.

Offerren unter B. 181 an die

Expedition die! Zeitung erbten.

Heirath. Ford. Prospekt um.

Dr. Journal. Charlottenburg 2.

Geldverkehr

Gute i. 1. St. 40 000 Mark,